



China – Report

Dezember 2020

1) Daimler Autoverkäufe in China steigen

Daimlers China-Chef Hubertus Troska konnte in dieser Woche gute Nachrichten verkünden: „Bereits per November haben wir in China den bisherigen Rekord-Jahresabsatz aus 2019 übertroffen. Für das Gesamtjahr 2020 rechnen wir hier mit einem zweistelligen Wachstum bei unseren Pkw-Auslieferungen“, sagte Troska der Presse. **2019 hatte Daimler rund 700.000 Autos in China verkauft. Dementsprechend werden es dieses Jahr bis zu 800.000 Autos sein, die Daimler in China ausliefern wird.** Der chinesische Automobilverband CAAM zeigt mit seinen Daten, dass die Nachfrage nach deutschen Autos in China schon acht Monate in Folge steigt und geht davon aus, dass dieses Jahr über 20 Millionen Pkw sowie fünf Millionen Busse und Lkws abgesetzt werden. Für 2021 prognostiziert die CAAM bereits einen möglichen Absatz von 30 Millionen Fahrzeugen.

Doch die starke Entwicklung bringt auch Abhängigkeiten hervor, die langfristig mit Sorge zu sehen sind. Deutsche Autobauer verkaufen inzwischen bis zu 40 Prozent ihrer Fahrzeuge in der Volksrepublik. In Europa hingegen sind die Verkäufe rückläufig. **So sind dieses Jahr nur rund elf Millionen Pkw-Neuzulassungen in Europa erfolgt. Dies ist ein Minus von 26 Prozent gegenüber 2019.** Während in Europa die Corona-Pandemie die Autoverkäufe weiter bremst, sind die beiden Monate, in denen China zu Jahresbeginn in einem Lockdown war, nur noch leichte Dellen in der Statistik.

Hubertus Troska prognostiziert für China: „Ich bin sehr positiv für das neue Jahr gestimmt“. Die chinesische Binnennachfrage nach neuen Pkws entwickle sich außerordentlich gut. Auch bei Nutzfahrzeugen, die ein zweites wichtiges Standbein für die Stuttgarter darstellen, sei die Nachfrage gut. Troska sprach von einem „superstarken chinesischen Lkw-Geschäft“. **Deshalb wolle der Konzern seine Mercedes-Lkws in den kommenden Jahren auch lokal in China produzieren.**

[Während Premiumhersteller wie Daimler und BMW von der schnellen Erholung profitieren](#), sieht es bei Volkswagen aufgrund seines Massengeschäfts nicht ganz so rosig aus. Für den November etwa sind die Absätze bei VW in China um fast 7 Prozent zurückgegangen. Auf Jahressicht sind es sogar fast neun Prozent.

Zusätzlich stellen Lieferengpässe die deutschen Autobauer vor Probleme. So fehlen zum Beispiel elektrische Bauteile für Autos, die in China auf den Markt kommen sollen. Vor allem fehlt es an Chips, da diese vorrangig an Elektronikhersteller geliefert wurden und VW scheint davon besonders betroffen – nicht nur in China, sondern auch in Nordamerika und Europa.

Daimler-Vorstand Troska sieht sein Unternehmen bei der Versorgung mit Chips indes gut aufgestellt und erwartet keine besonderen Probleme. „Mir ist dazu nichts bekannt“, sagte er. In der Daimler-Produktion laufe alles nach Plan, gerade auch mit Blick auf das neue Jahr. Der Konzern rechne deshalb nicht mit Konsequenzen für seine Absatzplanung.

Auch im immer wichtiger werdenden Bereich der Elektroautos ist Daimler gut aufgestellt. Gemeinsam mit seinem chinesischen JV-Partner BAIC hat Daimler seine lokalen Produktionsstandorte für Elektrofahrzeuge ausgebaut. Schon ab dem kommenden Jahr will das Unternehmen Kompakt- und Mittelklasse-Autos in einem weiteren Werk nahe Peking ausliefern. Den Schwerpunkt sieht Troska dabei im Bereich der BEV – also vollelektronische Batteriemodellen, die „den Absatz von Elektroautos stark vorantreiben“. Peking hat bis 2030



China – Report

Dezember 2020

die Vorgabe gemacht, dass der Anteil von Autos mit alternativen Antrieben bei 40 Prozent liegen soll. Dabei sollen die BEV einen Anteil von über 90 Prozent haben.

2) Aufbau von Emissionshandel zentrales Element auf dem Weg zu Chinas CO₂-Neutralität

Xi Jinpings Ankündigung vor den Vereinten Nationen im September, dass China bis 2060 treibhausgasneutral werden soll (wir berichteten), überraschte die Welt und rief viel Lob hervor. Gleichzeitig ist aber auch klar, dass der Weg dabei für China noch sehr weit ist. Schließlich emittiert China mehr CO₂ als Europa und die USA zusammen.

Die Bepreisung von Emissionen und der [Aufbau eines nationalen Emissionshandelssystems \(ETS\) wird ein wichtiger und notwendiger Schritt auf dem Weg zur chinesischen Klimaneutralität sein](#), wie die South China Morning Post als Teil einer aufwendigen und lesenswerten Reihe zu den Herausforderungen des Klimaschutzes in China analysiert.

Demzufolge ist ein Quotensystem zum Handel mit Emissionsrechten in China eine der zentralen politischen Weichen, um Xi Jinpings Ankündigung Realität werden zu lassen. Die Grundüberlegung ist, dass Emissionsproduzenten am besten den Weg zu Emissionssenkungen in ihrem Sektor finden können. Im Gegensatz zu einzelnen Maßnahmen für spezifische Industrie- oder Konsumsektoren ist ein Quotensystem auf alle relevanten Sektoren anwendbar.

Wie in vielen Politikfeldern in China wurde auch beim Aufbau eines Emissionshandels zunächst auf lokal begrenzte Versuchsmodelle gesetzt. So existiert in der Provinz Guangdong seit 2013 ein System zum Handel mit Emissionszertifikaten. Andere Pilotprojekte wurden in Beijing, Shanghai, Tianjin, Chongqing und Shenzhen umgesetzt und umfassen insgesamt bereits jetzt Zertifikate für 3000 Unternehmen aus 20 Industriezweigen für mehr als 400 Millionen Tonnen CO₂ mit einem Wert von 9 Milliarden Yuan (siehe [Überblick zu den verschiedenen lokalen Emissionsbörsen in China](#)). [In Guangdongs Hauptstadt Guangzhou soll auch Chinas erste nationale Börse zum Handel mit Emissionszertifikaten entstehen](#).

Ursprünglich war geplant, die nationale Emissionsbörse noch 2020 einzuweihen, doch [ist fraglich, ob der Zeitplan eingehalten werden kann](#). Aufgrund der Corona-Pandemie könnte die Zentralregierung erwägen, die Einführung des Emissionshandelssystems etwas nach hinten zu verschieben. Dass das Handelssystem allerdings national kommen wird, sei sicher, so die Zeitung. Sie zitiert Li Gao, Leiter der Abteilung Klimawandel des chinesischen Umweltministeriums, damit, dass der Zeitraum des 14. Fünfjahresplans (2021-25) ein Meilenstein für den nationalen CO₂-Markt werde. In diesem Zeitraum würden die Pilotprojekte in einen nationalen Markt übergehen und die bisherige Limitierung auf einzelne Industrien auf einen sektorenübergreifenden Ansatz ausgedehnt.

Angedacht ist zunächst die kostenfreie Zuteilung von Emissionsrechten in bestimmter Höhe für einzelne Industrien und Unternehmen. Bei Überschreitung dieser Zuteilung müssten Unternehmen dann Rechte zukaufen. Möglich ist aber auch die Einführung eines absoluten Limits der Emissionen, welches dann schrittweise abgesenkt wird.



China – Report

Dezember 2020

Dreh- und Angelpunkt bei der Umsetzung ist vor allem eine belastbare Datengrundlage für Emissionen. Wie in anderen Ländern auch müssen bei der Einführung des Handelssystems Daten beispielweise zum CO₂-Gehalt der jeweils von den Unternehmen verbrannten Kohle unter einheitlichen Standards erhoben worden sein. Es ist daher mit einer Übergangsphase und der schrittweisen Ausweitung des Systems zu rechnen.

Ebenso wichtig ist auch eine Preisfestsetzung, mit der die angestrebten Ziele erreicht werden können, analysiert die Zeitung weiter. Während in China aktuell in den sieben Pilotprojekten die Preise für eine Tonne CO₂ zwischen 1,4 und 11 US-Dollar liegen, müssten sie für echte Anreize zur Emissionseinsparung weit höher liegen. Laut Richard Mattison, CEO von Trucost, der Analyseeinheit von Umweltrisiken bei S&P Global, sei ein Preis von mindestens 40 US-Dollar pro Tonne nötig, der dann schrittweise auf bis zu 100 US-Dollar in den nächsten 10 Jahren erhöht werden müsste. Gerade am Anfang müsste die Ausgabe der kostenfreien Zertifikate rigoros beschränkt werden. In der EU habe die zu freigiebige Ausgabe der anfänglichen Zertifikate dazu geführt, dass die geplanten Anreize zur Emissionsreduktion zu gering ausfielen. Da sich China innerhalb der kommenden 40 Jahre mit der Reduktion der Emissionen auf null noch ambitioniertere Ziele als die EU gesetzt habe, müsse hier besonders rigoros vorgegangen werden.

3) US-Präsident Trump verschärft vor Regierungsübergabe den Handelskonflikt mit China

Mit dem chinesische Drohnenhersteller DJI wurde unlängst ein weiteres chinesisches Unternehmen von der noch amtierenden Trump Regierung auf die sogenannte „Entity List“ gesetzt. Damit stehen nun 60 chinesische Unternehmen auf dieser „Schwarzen Liste“, die verhindern soll, dass ausländische Firmen Zugang zu US-Technologien bekommen. DJI ist weltweit Marktführer beim Verkauf von kommerziellen Drohnen. Experten schätzen den globalen Marktanteil auf knapp 80 Prozent, auch wenn DJI selbst keine Zahlen dazu veröffentlicht.

Bei DJI begründet die US-Regierung ihre Maßnahme damit, dass das Unternehmen gegen Menschenrechte verstoßen hätte. Demnach hatte DJI 2017 auf seiner Webseite damit geworben, Polizeidrohnen für die öffentliche Sicherheit in Xinjiang zur Verfügung zu stellen. Diese Meldung wurde später wieder gelöscht.

Man könne Peking an kaum etwas hindern, „aber wir können sicherstellen, dass US-Technologie kein Teil der ungeheuerlichen Menschenrechtspraktiken gegen Minderheiten in ihrem Land ist“, sagte ein Beamter des Handelsministeriums.

DJI ist im Vergleich zum Telekommunikationsausrüster Huawei nicht auf amerikanische Betriebssysteme angewiesen, um zu funktionieren. Die Module für die Drohnen von DJI stammen zwar teilweise aus den USA aber die wichtigsten Komponenten (Kamerasensoren, Prozessoren, Steuertechnik) baut DJI selbst oder kann sie von lokalen Zulieferern einkaufen. Da die USA DJI schon länger auf die „schwarze Liste“ setzen wollten, hat DJI bereits vor Monaten damit begonnen, Teile aus den USA zu reduzieren und diese von chinesischen Zulieferern zu beziehen. Auch bei den Patenten von Drohnentechnik hält DJI selbst die Mehrzahl der Patente, da das Unternehmen bei der Drohnenentwicklung in vielen Bereichen weit voraus ist.

Seitdem die USA im Januar aus Sicherheitsgründen ihr ziviles Drohnenprogramm gestoppt haben, ist es lediglich für Notfalleinsätze und Naturkatastrophen noch erlaubt, DJI-Drohnen einzusetzen. So haben



China – Report

Dezember 2020

Feuerwehr und Katastrophenschutz, wie auch die Polizei Drohnen von DJI im Einsatz. Aber auch Landwirte setzen die Mavic-Modelle von DJI gerne für ihre Arbeit ein.

Zu [den anderen Unternehmen](#), die mittlerweile auf der „Entity List“ gelandet sind, gehören Chinas größter Halbleiterhersteller SMIC, AGCU Sciencetech – das forensische Identifizierungs- und medizinische Diagnosedienste anbietet, das Medizintechnikunternehmen China National Scientific Instruments und Materials Kuang-Chi Group – eine Unternehmensgruppe, die Technologien für Luft- und Raumfahrt, künstliche Intelligenz und digitale Gesundheitstechnologien entwickelt. Ebenso auf der Liste stehen die Telekommunikationsausrüstungsgiganten Huawei und ZTE sowie das Überwachungstechnologieunternehmen Hikvision. All diese Unternehmen sind dazu gezwungen, eine spezielle Lizenz beim US-Handelsministerium einzuholen, bevor US-amerikanische Lieferanten ihnen bestimmte Komponenten verkaufen können.

International wird das Vorgehen der US-Regierung sehr unterschiedlich eingeschätzt. **Die neuen US-Beschränkungen könnten nach hinten losgehen und "dazu beitragen, China wieder großartig zu machen", argumentiert der Tech-Analyst Dan Wang gegenüber dem Nachrichtendienstleister Bloomberg.** Der angesehene China-Beobachter Bill Bishop hingegen sagt, sie seien "weitaus symbolischer als inhaltlich" und nennt die Maßnahmen "einen Witz" und das Ergebnis einer Arbeit, die augenscheinlich von „Werkzeuglobbyisten“ gemacht wurde.

4) Sorge vor Überschuldung chinesischer Lokalregierungen

Nach massiven Kreditaufnahmen durch die chinesischen Lokalregierungen der Provinzen, Städte und Kreise wächst die Sorge, wie die später anstehenden Kreditrückzahlungen getätigt werden können. [In 2021 werden die Lokalregierungen Kredite im Wert mehrerer Billionen Yuan zurückzahlen müssen](#), wie die South China Morning unter Berufung auf mehrere internationale Finanzanalysten berichtet.

Die hohe Kreditaufnahme chinesischer Lokalregierungen – unter anderem zur Verwirklichung von Infrastrukturprojekten – hat bereits viele Jahre Tradition. Oftmals diente sie zur vorübergehenden Verschuldung bis durch Landverkäufe neue Einkünfte generiert werden konnten. [Zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise erfolgten in 2020 massive weitere Verschuldungen, nachdem Peking die Schuldengrenzen für Lokalregierungen erhöht hat.](#) Gleichzeitig wurde der Verkauf von Land schwieriger und die staatlichen Unternehmen warfen weniger Gewinn ab.

Die [Schulden der Lokalregierungen](#) kumulierten sich Ende 2019 auf 21,3 Trillionen Yuan, schreibt S&P Global. Viele Kredite werden über sogenannte „Local Government Financing Vehicles“ (LGFVs) aufgenommen. Während die Rolle von LGFVs in den letzten Jahren etwas abgenommen hat, wurden sie in der Corona-Krise laut dem Bericht als Stimulus für lokale Wirtschaftsräume erneut massiv eingesetzt.

Viele Analysten rechnen nicht damit, dass sich 2021 die Situation für die Lokalregierungen stark verbessern wird. Zhang Hongli, früherer Vize-Finanzminister schätzt laut South China Morning Post, dass die Lokalregierungen bereits in den ersten 10 Monaten des Jahres 2020 Kredite nur noch durch die Aufnahme neuer Kredite tilgen konnten. Dies sei ein Hinweis darauf, dass die Lokalregierungen nicht genügend Cash Flow erzeugen können, um ihre Schulden zu bedienen. In Zusammenhang mit der Zahlungsunfähigkeit verschiedener



China – Report

Dezember 2020

staatlicher und privater Firmen in den vergangenen Wochen steigen auch einmal mehr die Sorgen hinsichtlich der gesamten chinesischen Wirtschaft.

5) Chinas Wirtschaftsdaten November

Chinas Industrie und Einzelhandel erholen sich weiter. **Auch im November hat die Produktion in den Industriebetrieben gegenüber dem Vorjahr um sieben Prozent zugelegt. Die Einzelhandelsumsätze nahmen im November um fünf Prozent zu** (im Oktober lag der Zuwachs bei 4,3 Prozent). Auch der dritte Wirtschaftsindikator, die **Investitionen in Sachanlagen stiegen von Januar bis November um 2,6 Prozent**. Noch im ersten Quartal musste China zum ersten Mal seit Erhebung der Daten im Jahr 1992 ein negatives Wachstum von 6,8 Prozent verbuchen.

[Im dritten Quartal hat China somit die Einbrüche zu Beginn des Jahres, die durch die Lockdown Maßnahmen der Corona-Pandemie verursacht worden sind, mehr als wieder ausgeglichen.](#) Die zweitgrößte Volkswirtschaft wuchs um 4,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr und wird nach internationalen Schätzungen die einzige Volkswirtschaft sein, die in diesem Jahr ein Wachstumsplus verzeichnen wird.

6) Armut in China offiziell überwunden

China hat ein lang gehegtes und für lange Zeit unmöglich gehaltenes Ziel erreicht. Nach Jahrzehnten der Armutsbekämpfung konnte China im November die letzten Landkreise von der Liste der Armutgebiete streichen. Kurz darauf verkündete Präsident Xi, dass China die Armut überwunden hat.

Die Leistung ist in der Tat beachtlich: Seit 2013 konnten in China über 100 Millionen vorher als arm eingestufte Menschen ihr Einkommen und ihre Lebensumstände so sehr verbessern, dass sie offiziell nicht mehr als von Armut betroffen erfasst werden müssen. Als arm wurde im Jahr 2020 definiert, wer über ein Jahreseinkommen von weniger als 4000 Yuan verfügt. Aufgrund des hohen Anteils von als arm definierten Haushalten waren Ende 2019 noch 52 Landkreise auf Chinas Liste der offiziellen Armutskreise registriert. Inzwischen weist diese Liste keinen einzigen Eintrag mehr auf. Xi rief daher den „Sieg“ über die absolute Armut von Einzelpersonen sowie über die regionale Armut der sogenannten Armutsländkreise aus.

China erfüllt damit ein zentrales Ziel der [Nachhaltigen Entwicklungsziele der UN](#). Ziel Nummer eins der darin genannten 17 Ziele sieht das weltweite Ende der Armut bis 2050 vor. China erfüllt das Ziel damit nicht nur Jahrzehnte im Voraus, sondern trägt einen entscheidenden Teil zur Senkung der weltweiten Zahl der von Armut betroffenen Menschen bei. [In den letzten 40 Jahren der Reform- und Öffnungspolitik wurden in China laut Angaben von Xinhua mehr als 700 Millionen Menschen von der Armut befreit](#), was zu 70 Prozent der globalen Armutsreduktion beigetragen habe.

[Gleichzeitig ist dieser Sieg relativ zu sehen](#), schreibt die South China Morning Post. Zunächst wird kritisiert, dass die Definition von 4000 Yuan Jahreseinkommen beziehungsweise umgerechnet 2,20 US-Dollar pro Tag zu niedrig ist. Obwohl dies mehr als die von der Weltbank als Armutsgrenze für 2020 definierten 1,90 US-Dollar pro Tag sind, ist dieses Einkommen vielerorts in China doch zu niedrig um die Grundbedürfnisse zu befriedigen.



China – Report

Dezember 2020

Weiterhin hat es China nicht geschafft, die sich immer weiter verschärfende Ungleichverteilung zwischen armen und reichen Schichten aufzuhalten. Laut der South China Morning Post ist der Gini Koeffizient, welcher die Verteilung von Einkommen misst, bei 0,465 und liegt damit höher als die als kritisch definierte Marke von 0,4. Laut Steve Tsang, Direktor des SOAS China Institute in London, ist die [Ungleichverteilung von Einkommen und Reichtum in China die größte seit der Gründung der Volksrepublik 1949](#) und hat das Potential zur Gefährdung der sozialen Stabilität, insbesondere falls das Wirtschaftswachstum weiter erlahmen sollte

Informationen zu unserem Fonds „FIVV-MIC-Mandat-China“ erhalten Sie [hier](#).

Kontakt:

FIVV AG
Herterichstraße 101
Telefon +49 89 374100-0
Telefax +49 89 374100-100
www.fivv.de

Hinweis:

Die vorstehenden Informationen sind sorgfältig erarbeitet. Wir übernehmen jedoch keine Gewähr für die Vollständigkeit, Richtigkeit, Genauigkeit der Angaben oder der Eignung für einen bestimmten Zweck. Insbesondere übernehmen wir keine Gewähr für den Eintritt unserer Prognosen. Die Informationen einschließlich unserer Prognosen dienen lediglich Ihrer Information und stellen keine Anlageberatung, Empfehlung oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Anteilen oder zum Abschluss anderweitiger Anlagegeschäfte dar. Die geäußerten Meinungen bzw. Prognosen geben unsere derzeitige Einschätzung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Historische Wertentwicklungen lassen keine Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in der Zukunft zu. Diese ist nicht prognostizierbar. Alleinige Grundlage für den Anteilserwerb sind die Verkaufsunterlagen zu den entsprechenden Fonds. Verkaufsunterlagen zu allen FIVV-MIC-Mandat-Fonds der Universal Investment GmbH sind kostenlos beim zuständigen Vermittler, der Depotbank des Fonds oder bei der Universal Investment GmbH sowie im Internet unter www.universal-investment.com erhältlich. Änderungen vorbehalten. Änderungen des Marktberichts oder dessen Inhalts bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Erlaubnis des/der Verfasser(s). Dieser Marktbericht wird eventuell nicht regelmäßig erstellt. Er kann unter Umständen auch situativ bereitgestellt werden. Dies ist unter anderem von der Marktsituation abhängig.